

Dringlichkeitsantrag 1

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Regionale Energiewende statt Landzerstörung: SüdLink/Südostlink stoppen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Planungen für die landzerstörenden Gleichstrom-Trassen SuedLink und SuedOstLink umgehend eingestellt werden.

Begründung:

- Die beiden HGÜ-Leitungen sollen Wind- und Kohlestrom aus Nord- und Ostdeutschland für den europäischen Energiehandel transportieren und stehen einer regionalen und dezentralen Energiewende in Bayern mit Wertschöpfung vor Ort entgegen.
- Die geplanten Trassenkorridore stellen einen massiven Eingriff in den überwiegend land- und forstwirtschaftlich genutzten Boden sowie den Wasserhaushalt dar. Die beiden Trassen haben eine Gesamtlänge von 1400 Kilometer, davon knapp 1/3 in Bayern, Erdbewegungen müssten mindestens auf einer Breite von 30 Metern und einer Tiefe von ca 2 Metern vorgenommen werden, was eine Fläche von 50 Quadratkilometern (5000 Hektar) und einem Erdvolumen von 100 Millionen Kubikmetern beträfe und schon in der Bauphase immensen Energieverbrauch bedeutet. Die Trassen müssen für die Zukunft von Bäumen freigehalten werden und beeinträchtigen die Planungen der Kommunen. Die Auswirkungen der elektromagnetischen Strahlung von Höchstspannung-Gleichstrom auf Mensch und Umwelt sind bedenklich, die Erwärmung des Bodens durch die Kabel beeinträchtigen den Bodenzustand und den Wasserhaushalt. Das gigantische Ausmaß der Bodenzerstörung und der Bedarf an Ausgleichsflächen ist in Zeiten des Flächenfrasses für dieses nicht zwingend nötige Projekt verantwortungslos.

Wenn die Energiewende doch noch gelingen soll, sind die Planungen für die völlig überbewerteten Erdkabeltrassen mit immensen Auswirkungen für Mensch und Natur umgehend einzustellen. Auf dieses Ziel muss die Staatsregierung in Berlin hinwirken.